



Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen, zac). Einen wichtigen Schritt Richtung Einrichtung einer Ganztages-Grundschule ging der Remchinger Gemeinderat: Die Bergschule Singen könnte ab Sommer 2027 neben dem regulären Grundschulunterricht zunächst für die erste Klasse auch eine Ganztagsbeschulung bieten. Anmelden könnten sich auch Kinder anderer Ortsteile. Das würde die Schullandschaft bereichern und eine sinnvolle Nachnutzung der mit Auslaufen der Werkrealschule freien Räume und Kapazitäten bieten, argumentierten Amtsleiterin Britta Hoffmann und Rektorin Elisabeth Roser. Wie berichtet hat die Bergschule aktuell keine fünfte Klasse mehr, wegen bereits zuvor geringer Nachfrage muss die Werkrealschule daher aufgelöst werden. Hoffmann stellte eine Abfrage an die Eltern der rund 500 Kindergartenkinder vor. Ein Viertel meldete sich zurück. Die Eltern von 44 Kindern unterschiedlichen Alters würden sich unabhängig vom Wohnort für eine Ganztags-Grundschule entscheiden. 38 weitere würden das Angebot nur dann wählen, wenn es in ihrem Teilort verfügbar wäre. Für ein Angebot in Singen würden sich ab Sommer 2027 21 Erstklässler entscheiden, danach 18. „Damit hätten wir eine stabile Zweizügigkeit“, so Roser, die derzeit mal eine, mal zwei erste Klassen einschult.

Voraussichtlich würde die Schule eine erste Klasse regulär, die andere ganztags an drei Nachmittagen mit Unterricht, an den anderen ergänzt durch die kommunale Betreuung, anbieten. Sonst seien auch gemischte Klassen denkbar. Unabhängig von der Einführung blickte Bauamtsleiter Markus Becker auf den immensen Sanierungsbedarf der Bergschule. Für die weitere Entscheidungsfindung beauftragte der Rat die Verwaltung mit einer umfangreichen Kostenanalyse gegenüber dem Normalbetrieb. Hans Zachmann (CDU) stimmte dagegen. Tomislav Glavaš (SPD) hätte sich einen offensiveren Beschluss gewünscht: „Für mich stellt sich nicht die Frage ob, sondern wie schnell und wie gut, um keine Zeit zu verlieren.“ Auch Martin Rothweiler (FWV) und Gabriele Ulrich (Grüne) sahen schnellen Handlungsbedarf. Demgegenüber wertete Timo Grund (FWV) die Ergebnisse ganz anders: „Für

mich zeigen die Zahlen gerade keinen Bedarf.“ Auch Felix Casper und Raphael Blattner (CDU) wünschten sich „eine ideologiefreie Abwägung“.

Hoffmann betonte auf Nachfrage, dass die Gemeinde den ab diesem Jahr geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule durch die kommunalen Betreuungsangebote an allen drei Orten ohnehin erfülle, unabhängig von einer Beschulung. Man könne die Angebote nicht direkt vergleichen, erklärte Roser. Der größte Unterschied sei, dass die Schule mit Ausnahme des Mittagessens und ergänzender Betreuung kostenlos für die Eltern und mit anderem Fachpersonal angeboten wird – aber auch verpflichtend ist: „Da kann man bei schönem Wetter nicht einfach mal sagen: Heute gehen wir statt zur Schule ins Freibad.“

Gemeinderat bestätigt neuen Abteilungskommandanten

Einstimmig stimmte der Remchinger Rat den Neuwahlen von Nils Kirchenbauer als Abteilungskommandant der Freiwilligen Feuerwehr Remchingen Nord sowie Lukas Göhler als seinen Stellvertreter zu. Kirchenbauer war bisher Stellvertreter und tritt nun an die Stelle von Stephan Vollmer. Ebenso stimmte das Gremium einstimmig den bereits 2025 erfolgten Wiederwahlen von Heiko Oswald in Süd und Manuel Oswald als seinem Stellvertreter zu. Außerdem beauftragte der Rat ein Pforzheimer Architekturbüro mit der Neubauplanung des Nöttlinger Feuerwehrhauses.

Nachdem die Achtklässler der Remchinger Schulen im Sommer 2025 ihre Projektideen dem Gemeinderat präsentiert hatten, prüfte die Verwaltung deren Umsetzung. Kurzfristig sei die Errichtung einer überdachten Schutzhütte als Treffpunkt geplant, vermutlich im Bereich zwischen Spielplatz und FC Germania Singen, erklärte Bürgermeisterin Julia Wieland. Für den lange gewünschten Bikepark sind Mittel im Haushalt 2028 geplant, nach wie vor mangle es aber an einer geeigneten Fläche. Während ein schulübergreifender Austausch bereits im Gange ist, sieht die Verwaltung eine größere Rutsche und Sprungtürme im Freibad nicht realisierbar.

Remchingen will Biotopvernetzung Stück für Stück angehen

Zweieinhalb Jahre haben das Fachbüro Bioplan, der Landschaftserhaltungsverband und zahlreiche Gebietskenner aus der Gemeinde einen Biotopverbundplan für Remchingen erarbeitet. Die Ergebnisse sind nun in einem über zweihundertseitigen öffentlichen Werk einsehbar. Ziel ist insbesondere der Schutz und die Vernetzung wertvoller Lebensräume im Offenland. „Unsere Planung ist unverbindlich und wird niemandem aufgezwungen“, erklärte Landschaftsökologin Ellen Dürrbaum dem Gemeinderat. Zu den Maßnahmen für Ringelnatter, Wendehals, Gelbbauchunke, Feldlerche und Co. zählen beispielsweise eine extensive Bewirtschaftung, aber auch die gezielte Pflege von Bäumen und Naturelementen.

Mit deutlicher Mehrheit beschloss der Gemeinderat als noch in diesem Jahr umzusetzende Maßnahmen das Freistellen eines Teichs im Ranntal sowie die Mahd und Entbuschung eines Seggenrieds im Bereich des Technikhauses der Wasserversorgung am Frauenwaldweg. Mit knapper Mehrheit gab der Rat der Verwaltung den Auftrag, Vorgaben für die Bewirtschaftung verpachteter gemeindeeigener Grundstücke zu verankern.

„Wir beschließen zwei kleine Maßnahmen für wenige tausend Euro und diskutieren später über die Förderung eines Kunstrasens für 70.000 Euro. Das ist mir zu wenig“, erklärte Klaus Fingerhut (Grüne). „Lasst uns mehr aus dem umfassenden Papier machen.“ Bürgermeisterin Wieland erklärte, dass weitere Maßnahmen Stück für Stück folgen sollen und verwies auf die nächsten Haushaltsberatungen.

Bei der Ratssitzung präsentierten zudem die Stadtwerke Mühlacker ein Beteiligungskonzept, bei dem sich die Gemeinde mit 74,9 Prozent an einer Remchinger Energiegesellschaft mit dem Ziel einer klimaneutralen Gemeinde bis ins Jahr 2045 beteiligen könnte. Wie berichtet hatten zuvor auch die Stadtwerke Pforzheim und die EnCW ihre Konzepte präsentiert. Die Entscheidung, ob und für welches Modell sich Remchingen entscheidet, soll später erfolgen.

Remchinger Bahnhof soll künftig keine Grenzwabe mehr sein

Einstimmig beschloss der Gemeinderat die Kündigung eines Vertrags mit der KVV. Dieser verortete den Bahnhof bisher auf der Grenze einer Tarifwabe, wodurch von dort ein günstigerer Tarif nach Karlsruhe möglich war, während die Fahrt von Bushaltestellen der restlichen Gemeinde aus teurer war. Dafür bezahlte die Gemeinde zuletzt 57.000 Euro pro Jahr. Der Beschluss geschehe mit Blick auf die tarifliche Integration des Enzkreises in den KVV, durch den sich ohnehin Rahmenbedingungen ändern, und auf eine angestrebte Vereinheitlichung der Tarife innerhalb der Gemeinde, so die Beschlussvorlage. Viele Nutzer hätten mittlerweile ohnehin Deutschlandtickets. Das eingesparte Geld will die Gemeinde zur weiteren Förderung des On-demand-Verkehrs mit dem bwshuttle nutzen.

Remchingen lässt Mehrkosten für Balkonbeschichtung prüfen

Bei fünf Enthaltungen genehmigte der Remchinger Gemeinderat eine Beschichtung der Fluchtbalkone der Kita am Kinder- und Jugendcampus. Eigentlich war ein 37.000 Euro günstigeres Verfahren geplant, im Bauablauf habe es jedoch Anpassungen gegeben. Felix Casper (CDU) bestand vor einem Beschluss darauf, zu erfahren, wer für die Mehrkosten verantwortlich sei und diese trage. Die Schuldfrage sei derzeit in Klärung und werde erfahrungsgemäß vor Gericht ausgetragen, erklärte Bürgermeisterin Wieland: „Wenn wir aber jetzt das Fass aufmachen und nicht beschließen, verzögern wir das Projekt.“ Der jetzige Fluchtweg über die Balkone ohne Belag sei momentan vom Landratsamt geduldet.

Außerdem vergab der Rat den Ersatz eines Gasbrennwertkessels für das Blockheizkraftwerk an der Neuen Ortsmitte an einen örtlichen Sanitärbetrieb zum Angebotspreis von rund 68.000 Euro sowie die lose Möblierung der Turn- und Schwimmhalle Singen für 45.000 Euro an ein Unternehmen aus Dusslingen.

Gemeinderat verträgt Entscheid um einen Förderantrag zur Kunstrasensanierung

An Ostern hatte die Remchinger Delegation berichtet, wie bei einer Gemeinderatssitzung in Remchingens Partnergemeinde ein Besucher von der Polizei hinausbegleitet werden musste – jetzt ging es bei der jüngsten Remchinger Ratssitzung für die hiesigen Verhältnisse außergewöhnlich hitzig zu. Grund war die Abstimmung über einen Antrag des FC Nöttingen zur Förderung der Kunstrasensanierung mit einem Zuschuss von rund 75.000 Euro. Der Haken: Laut aktuellen Vereinsförderrichtlinien muss die Mehrheit der Mitglieder in Remchingen wohnhaft sein. Da der FCN vor wenigen Jahren die Basketballer Rutronik Stars Keltern übernommen hat, war dies zum Zeitpunkt des Antrags nicht der Fall – bei insgesamt 466 Mitgliedern fehlten drei Remchinger. Bisher habe man laut Beschlussvorlage den Fußball betreffende Anträge dennoch gefördert. Anders als bei den Pferdefreunden Wilferdingen, die bei einer Platzsanierung Ende 2024 wegen zu wenig Remchinger Mitgliedern leer ausgingen. „Wenn wir eine Förderung beschließen, die gegen unsere eigenen Richtlinien ist, machen wir uns unglaublich und öffnen Tür und Tor für Einzelfallentscheidungen“, bemerkte Christian Roser (CDU) und stellte einen Antrag auf Vertragung. Im Falle einer Förderung wolle er sonst die Kommunalaufsicht einschalten. Mit zehn Ja-Stimmen und neun Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen vertrat das Gremium den Punkt. Doch die Diskussion war lange nicht zu Ende. Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung) zeigte sich irritiert: Man habe den FCN bereits bis zum Haushaltsbeschluss vertröstet und im Februar 2025 angepasste Förderrichtlinien ohne diesen Passus herumgeschickt. Diese seien jedoch noch nicht beschlossen, erklärte Volker Bräuninger (SPD) – auch wenn der FCN dafür nichts könne.

Wolfgang Oechsle (Bürgerliste) bot kurzerhand an, dem FCN die fehlenden Mitglieder zu besorgen: „Der FCN könnte ja auch auf die Idee kommen, dass es ein Gemeindesportplatz ist und die Gemeinde die Sanierung komplett selbst bezahlen muss.“ Das verschlug ihm die Sprache, entgegnete Klaus Fingerhut. In einer sich zuspitzenden Diskussion kam die Frage auf, ob die Gemeinde den Zuschuss schon in Aussicht gestellt habe. Bürgermeisterin Julia Wieland verneinte das, zumal sie selbst nur eine Stimme im Gremium habe. „Auf das Wort des Bürgermeisters war bisher Verlass“, rief der FCN-Vorsitzende Dirk Steidl aus dem Publikum. Wieland konterte, dass Steidl wegen des Antrags Mitarbeiter im Rathaus angegangen habe. Noch dazu habe er sich im Ratssaal ohne Rederecht unpassend verhalten. Das solle er unterlassen: „Sonst spreche ich Ihnen hier und heute ein Hausverbot für das Rathaus

aus.“ Sie forderte ein Vier-Augen-Gespräch. Überraschend schnell beschloss der Rat daraufhin einstimmig die Förderung von Rasenpflegegeräten des FCN in Höhe von 18.000 Euro – zum Zeitpunkt dieser Antragstellung hätten die Mitgliederzahlen gepasst.

Julian Zachmann